

Präsidentenwahlen in den USA: It's the economy again, stupids!

Von Nadine Kalwey

Wohl nie zuvor war das internationale Interesse an den US-amerikanischen Präsidentenwahlen größer als bei der diesjährigen Wahl am 2. November. In Europa wird die Diskussion, welcher Kandidat denn nun zu favorisieren sei, hauptsächlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten, insbesondere der internationalen Terrorbekämpfung, geführt. So versprechen sich die Europäer von der Abwahl des amtierenden Präsidenten George W. Bush eine deutliche Verbesserung der transatlantischen Beziehungen sowie eine multilaterale Ausrichtung der gesamten US-amerikanischen Außenpolitik.

Doch in den USA selbst ist der Kampf gegen den Terror nicht mehr das alleinige Wahlkampfthema: wirtschaftspolitische Themen wie Arbeitsmarktlage, Gesundheitsvorsorge, Steuerpolitik sowie die Folgen des weiter ansteigenden Ölpreises beschäftigen die US-Bürger ebenso sehr wie Fragen der inneren Sicherheit.

Der Wahlslogan "It's the economy, stupid!", den der ehemalige Präsident Bill Clinton im Jahr 1992 seinem unterlegenen Kontrahenten Bush senior mit auf den Weg gab, behält somit auch im Wahljahr 2004 seine Gültigkeit.

Von daher sollte auch hierzulande das Augenmerk vielmehr auf Bereiche gelenkt werden, die das allgemeine Wirtschaftsgeschehen betreffen, wie die Außenhandels- und die Haushaltspolitik.

Außenhandelspolitik

In seinen Reden gibt sich Bush gern als Verfechter des Freihandels. In dem im Februar 2004 von der Bush-Administration veröffentlichten Economic Report wird die Produktionsverlagerung in kostengünstiger produzierende Länder begrüßt. Zudem betonte Gregory Mankiw, als Vorsitzender des Council of Economic Advisers verantwortlich für den Report, dass das Outsourcing in andere Länder (Offshoring) für die amerikanische Wirtschaft langfristig ein Plus bedeutet (s. im Internet unter http://www.gpoaccess.gov/usbudget/fy05/pdf/2004_erp.pdf)

Der Report und auch die Äußerungen Mankiws wurden heftigst kritisiert: Man sei viel zu sehr am Freihandel orientiert, so der Vorwurf, und wolle amerikanische Jobs exportieren. Das Phänomen des Offshoring wird von den US-Bürgern als Hauptursache für die angespannte Arbeitsmarktlage betrachtet. So sind seit dem Amtsantritt Bushs insgesamt 1,5 Mill. Arbeitsplätze verloren gegangen, wobei vor allem die Beschäftigung im Industriesektor um 16% gesunken ist.

Die US-Regierung ruderte angesichts der Kritik zurück und Präsident Bush wird derzeit nicht müde zu betonen, man wolle Arbeitsplätze zuhause schaffen.

Ähnlich wankelmütig in seiner Position als Freihändler zeigte sich Präsident Bush in der Vergangenheit des Öfteren. Sah er sich dem Druck verschiedener Interessengruppen ausgesetzt, zeigte er sich in der praktischen Anwendung der Freihandelstheorie durchaus flexibel. Prominenteste Beispiele protektionistischer Sündenfälle sind die Strafzölle auf ausländischen Stahl, mit denen er die heimische Stahlindustrie vor zu viel Wettbewerb zu schützen gedachte, die Milliardensubventionen für Landwirte, aber auch die Steuervorteile für amerikanische Exporte. Hierbei konnten amerikanische Unternehmen Exporte über in Steueroasen sitzende Tochtergesellschaften abwickeln und erhielten auf diesem Weg ca. 4 Mrd. Dollar an illegalen Subventionen.

Vermutlich wird Bush auch zukünftig nicht davor Halt machen, aus innenpolitischem Kalkül protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Sein Verständnis von Freihandel ist daher eher kritisch zu beurteilen. Zwar will er die vom Kongress im Jahr 2002 gewährte Handelsvollmacht zum Abschluss weiterer Handelsliberalisierungen im Rahmen der Doha-Runde nutzen. Seine Strategie, gleichzeitig auf bilateraler, regionaler und multilateraler Basis Verhandlungen zu führen, kann sich aber für zukünftige WTO-Abkommen als hinderlich erweisen.

Sein demokratischer Gegenkandidat, John Kerry, unterstützt zwar grundsätzlich den Freihandel, doch hat er bereits angekündigt, in den ersten 120 Tagen seiner Amtszeit sämtliche Handelsabkommen der USA zu überprüfen und hierbei auch auf die striktere Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsstandards zu drängen. Ein Konflikt insbesondere mit Entwicklungs- und

Schwellenländern ist daher vorprogrammiert und durchaus geeignet, multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde zu behindern.

Das „Problem“ des Offshoring will John Kerry offensiv bekämpfen, indem er Steueranreize für Unternehmen plant, die auf eine Produktionsverlagerung ins Ausland verzichten und in Amerika neue Stellen schaffen.

Haushaltspolitik

Die Haushaltslage hat sich seit Amtsantritt Bushs erheblich verschlechtert. So steht dem Budgetüberschuss von 236 Mrd. Dollar aus dem Jahre 2000 im Fiskaljahr 2004 ein Budgetdefizit von 413 Mrd. Dollar bzw. 4,9% des BIP gegenüber, einhergehend mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit, das für das laufende Jahr auf 5,4% geschätzt wird (Daten laut Federal Reserve Bank of St. Louis, FRED II).

Zwar haben bis zum jetzigen Zeitpunkt die USA wie auch der Rest der Welt von der expansiven Fiskalpolitik der US-Regierung profitiert. Der Output in den USA ist gestiegen, was sich durch eine höhere Nachfrage nach Importen aus dem Ausland positiv auf die Produktion in anderen Ländern auswirkte. Die prekäre Haushaltslage in den USA kann aber in der Zukunft erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben:

Zum einen in Form höherer Zinsen, und damit zum anderen in Form geringeren langfristigen wirtschaftlichen Wachstums. Durch das hohe Leistungsbilanzdefizit sind die USA zudem extrem abhängig von ausländischen Kapitalzuflüssen. Verlieren die Anleger das Vertrauen in die amerikanische Wirtschaft, werden Sie anfangen, Dollar zu verkaufen. Das Ergebnis wäre ein Absturz des Dollars sowie ein Anstieg der US-Zinsen. Im Falle einer möglichen nachfolgenden Rezession wirkt der Außenhandelskanal genau umgekehrt: gerät die USA in eine Rezession, wird sich diese über eine verminderte Importnachfrage ebenfalls rezessiv auf den Rest der Welt auswirken. Eine Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro würde zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporte verringern.

Diese Tatsachen sollten Anlass zur Besorgnis geben. Vor diesem Hintergrund lesen sich die Wahlprogramme der beiden Parteien zwar recht beruhigend: Die Bush-Administration will das Budgetdefizit in den nächsten

fünf, die Demokraten in den nächsten vier Jahren halbieren. Problematisch ist hierbei aber nicht nur, dass diese Projektionen auf zahlreichen, optimistischen Annahmen über die künftige Einnahmeentwicklung basieren. Die mögliche Umsetzung findet sich weder im Programm der Demokraten noch in dem der Republikaner. Im Gegenteil: Präsident Bush hat angekündigt, die Steuererleichterungen der vergangenen Jahre, die zunächst befristet worden waren, dauerhaft zu gewähren. Damit würde der Bundeshaushalt in den nächsten zehn Jahren allein mit 1,1 Bill. Dollar belastet. Die soeben unterzeichnete Gesetzesnovelle für die Unternehmensbesteuerung, die allgemeine Steuererleichterungen in Höhe von 140 Mrd. für Unternehmen in den nächsten zehn Jahren vorsieht, sowie geplante verbesserte Aus- und Weiterbildungsprogramme zeugen ebenfalls nicht von eisernem Sparwillen. Dass es mit dem Bekenntnis zum Abbau des Budgetdefizits seitens der Republikaner nicht weit her ist, zeigt der Ausspruch eines republikanischen Aktivisten, man habe „viel lieber einen kleinen Staat und große Defizite als einen großen Staat und kleine Defizite“. (Wirtschaftswoche vom 28.10.2004)

Doch auch die haushaltspolitischen Pläne des Herausforderers lassen nichts Gutes vermuten. Zwar zeigen die Demokraten sich gegenüber dem Budgetdefizit nicht so gleichgültig wie die Republikaner, doch von striktem Sparkurs kann auch hier nicht die Rede sein. So will John Kerry im Falle eines Wahlsieges die Steuersenkungen zugunsten der amerikanischen Oberschicht zwar zurücknehmen, allerdings um diese an die Mittelklasse weiterzugeben. Seine Ausgabenprogramme, insbesondere für das Gesundheitswesen, weisen Schätzungen zufolge in den nächsten zehn Jahren einen Wert von 1,3 Bill. Dollar auf.

Meinungsmache für einen Kandidaten, die sich ausschließlich auf internationale Terrorbekämpfung und Verbesserung der bilateralen Beziehungen gründet, ist ebenso kurzsichtig wie unangebracht. Die amerikanische Wirtschaftspolitik sollte ebenfalls im Blickpunkt des europäischen Interesses stehen. Auch den Europäern möchte man daher zurufen: „It's the economy again, stupids!“.

8344 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Dipl.-Volksw. Nadine Kalwey ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Juergen B. Donges
Kontakt: Tel. 0221-470 2943 oder email: nadine.kalwey@uni-koeln.de